

Bezugspreis:
Einzelheft 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,80 Pf., jährlich 3,60 Pf. (einschl. Zustellungsgebühr). Unter Kreuzband für Deutschland, Dampis, das Saar- und Elsaßgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreichs, Ungarns und Rumänlands 2,00 Pf., für das übrige Ausland 2,50 Pf. (Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Elsaß-Lothar, Rumänien, Polen, Holland, Frankreich, Schweden und die Schweiz).
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Jugendwelt“ und der Beilage „Stellung und Meinung“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neugegründete Sonntagsbeilage heißt „Volk und Welt“. „Keine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 2.— Pf. (zweimalig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1.— Pf. Stellengröße und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 1.— Pf., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Pf. 20 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 6, abgegeben werden. Gestimmt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 12. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaktions-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Teilung Oberschlesiens beschlossen.

Paris, 12. Oktober. (WTB.) Die meisten Blätter erklären heute vormittag, daß die Entscheidung in Genf gefallen ist, und daß der Völkerbundrat sie heute abend dem derzeitigen Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitteilen wird. Die Entscheidung des Völkerbundrates wird morgen in Paris erwartet und jedenfalls Ende dieser Woche bekanntgegeben werden.

Genf, 11. Oktober. (WTB.) Der Völkerbundrat hielt heute abend eine Vollversammlung, die von 5 1/2 bis 9 Uhr dauerte. Es wurde von gut unterrichteten Persönlichkeiten berichtet, daß die endgültige Grenzlinie nunmehr festgelegt sei. Andererseits hört man aber, daß sie nur in großen Zügen festgelegt sei und einige Punkte noch ungeklärt seien. Wie es heißt, sollen die weiteren Arbeiten des Rates vor allem der redaktionellen Fassung des sehr umfangreichen Gutachtens gelten, hauptsächlich den Vertragstexten, die notwendig seien, um die künftigen polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu beiden Seiten der Grenze zu regeln.

Paris, 11. Oktober. (Havas.) Es ist wahrscheinlich, daß der Völkerbundrat morgen (also Mittwoch) seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage den alliierten Regierungen mitteilen wird. Diese werden diese Entscheidung noch einige Tage lang geheimhalten, um der Interalliierten Kommission zu ermöglichen, alle zweckdienlichen Maßnahmen vor der Bekanntmachung der Grenze zu ergreifen. Es ist unwahrscheinlich, daß vor Beginn der nächsten Woche die Hauptentscheidung, die im Obersten Rat verfallen sind, die Entscheidung Polen und Deutschland durch Briand bekanntgegeben werden.

Paris, 12. Oktober. (WTB.) Berlin schreibt im „Echo de Paris“ und der brasilianische Vertreter Da Cunha hat es dem Vertreter des „Matin“ bekräftigt, daß die Arbeit des Völkerbundrates beendet ist. Nach Berlin würde mit Ausnahme von Katowitz und Königshütte das gesamte Industriegebiet Deutschland zugesprochen. (?) Die wirtschaftliche Einheit soll durch eine internationale Kommission aufrechterhalten bleiben. Da Cunha erklärte dem Vertreter des „Matin“: „Wir sind ruhig über die Wohlbegründetheit des Rates, den wir dem Obersten Rate gegeben haben. Wir sind sicher, die beste Lösung vorgeschlagen zu haben. Der „Petit Parisien“ bestätigt die Meldung des „Echo“ und erklärt, daß außer den Kreisen Ploetz und Rybnik die Bezirke Katowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden und daß während einer Uebergangsperiode die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrechterhalten werden soll.

London, 12. Oktober. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Völkerbundrat einstimmig beschlossen habe, daß Kleinwiz, Lindenburg, Tarnowitz und Beuthen Deutschland, Katowitz und Königshütte Polen zugesprochen werden. Von Ploetz und Rybnik scheint gar nicht mehr erst geredet zu werden. . . .

Mayer bei Briand.

Paris, 12. Oktober. (Havas.) Der deutsche Botschafter soll bei dem französischen Ministerpräsidenten einen letzten Versuch gemacht haben, ihm die Schwierigkeiten darzulegen, die für Deutschland im Falle einer ungünstigen Lösung der oberschlesischen Frage entstehen würden; eine derartige Lösung würde nicht nur schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, sondern auch einen politischen Rückschlag, der imstande wäre, den Sturz des Kabinetts Wirth herbeizuführen. Es ist ungewiss, ob dieser allerletzte Ueberzeugungsoversuch ohne Wirkung sein wird, denn die alliierten Regierungen werden in ihrer Entscheidung die Teilung annehmen, die der Völkerbundrat empfiehlt.

Paris, 12. Oktober. (TU.) Der „Petit Parisien“ meldet aus London: Der deutsche Botschafter Dr. Eichamer begab sich sofort nach seiner Rückkehr zu Lord Curzon, den er bat, in der oberschlesischen Frage zu intervenieren. Lord Curzon erwiderte, daß England in dieser Angelegenheit nur eine Pflicht habe, die Ausführung der Entscheidung des Völkerbundrates zu sichern.

Erklärung unserer oberschlesischen Genossen.

Katowitz, 11. Oktober. (WTB.) Die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens hat heute folgendes Telegramm an den sozialdemokratischen Parteivorstand Berlin geschickt:

Ueber die Verhandlungen des Völkerbundrates und seiner Sachverständigenkommission bezüglich der Regelung der oberschlesischen Frage sind authentische Nachrichten nicht vorhanden, doch hat das Verfahren des Untersuchungsausschusses, der

ohne Sachverständige

nach Oberschlesien zu entsenden, seine Beratungen lediglich auf das von der Interalliierten Kommission in Opatowitz und den nationalen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens überreichte Material stützte, starkes Befremden und große Befürchtungen bei der Arbeiterschaft Oberschlesiens hervorgerufen. Zudem lassen die mit großer Geschäftigkeit verbreiteten polnischen und französischen Pressemitteilungen nur den Schluß zu, daß eine Teilung des Industriegebietes beabsichtigt sei und der

wesentlichste Teil des Industriegebietes Polen zugesprochen werden soll. Die Nachrichten über die Beibehaltung der bisherigen Währung und der Eisenbahngemeinschaft erwähnen wir in diesem Zusammenhange nur der Vollständigkeit halber, die aber auch Be-

weis dafür sind, daß auch die Untersuchungskommission zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß ohne die bisherige

Finanz- und Verkehrs-gemeinschaft mit Deutschland

für das abzutretende Oberschlesien keine Lebensmöglichkeit bestehe. In der Erkenntnis der großen Gefahr, die durch diese mögliche Entscheidung dem Wirtschaftsleben und der aufs innigste mit ihm verbundenen Arbeiterschaft Oberschlesiens droht, hat das Bezirkskartell des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Sitzung am 6. Oktober den Völkerbundrat durch ein Telegramm noch einmal auf die Unheilbarkeit des Industriegebietes hingewiesen und um Entsendung von Sachverständigen gebeten. Allen Anschein nach ist der Völkerbundrat nicht gewillt, diesen sachlich durchaus berechtigten und unbedingt notwendigen Forderungen auch nur im geringsten nachzugeben. Die kommende Entscheidung soll anscheinend unser Recht und die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes und seiner Bevölkerung nicht berücksichtigen, sondern der

französisch-polnischen Allianz Rechnung tragen.

Für die katastrophalen Folgen einer solchen Entscheidung können weder der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, noch die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens die Verantwortung übernehmen. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch die Entsendung ihrer Beauftragten in die Reichsregierung die Erfüllung des Ultimatums vom 3. Mai 1921 in der Erwartung übernommen, daß die restlose Erfüllung der Forderungen des Ultimatums nur dann Sinn und Aussicht auf Erfolg hat, wenn auch die Feindbündnisse auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes in den Sanktionsfragen und in der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens genügend Rücksicht nehmen. Die alliierten Regierungen scheinen aber im Begriffe zu sein, diese Rücksichtnahme außer Acht zu lassen und in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung zu fällen, die

katastrophale Folgen für das Wirtschaftsleben Deutschlands

nach sich ziehen muß. Von diesen naturnotwendig eintretenden Folgen würde die Arbeiterklasse von allen Bevölkerungsschichten am schwersten betroffen werden.

Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Mitglieder stellen deshalb an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberschlesischen Frage ihre Vertreter im Reichskabinett niederzuliegen und zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei als die Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermag. Die oberschlesische Bezirksleitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Josef Bias.

Protestdemonstrationen gegen eine Teilung haben alle anderen deutschen Parteien Oberschlesiens an den Reichstagskanzler geschickt.

Breslau demonstriert.

Die Stadt Breslau ruft ihre gesamten Einwohner angesichts der großen Beunruhigung durch die Genfer Nachrichten für Freitag nachmittags 4 Uhr zu zwei großen Kundgebungen auf dem Schloßplatz und in der Jahrhunderthalle auf. Es werden voraussichtlich Redner aller Parteien und Erwerbsstände sprechen. An sämtliche Geschäftsinhaber, industrielle Unternehmungen und Behörden wird der Aufruf ergehen, ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten die Teilnahme an den Kundgebungen zu ermöglichen und die Betriebe möglichst um 3 Uhr nachmittags zu schließen.

Dauer-sitzungen der Reichsregierung.

Das Reichskabinett hat heute vormittag von 9 bis 12 Uhr tagend. Beratungsgegenstand war die oberschlesische Frage. Das Kabinett wird um 12 Uhr neuerdings zusammentreten. Die Gerüchte über Unstimmigkeiten im Reichskabinett sind, wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, unbegründet.

Die preussische Regierungsfrage.

Am Mittwoch vormittag sollte eine interfraktionelle Sitzung in der preussischen Regierungsfrage stattfinden. Wie der Soz. Parl. Dienst mitteilt, ist die Sitzung, ohne daß man überhaupt in sachliche Verhandlung eintrat, sofort wieder vertagt worden, weil man die Umbildung der preussischen Regierung erst vornehmen will, wenn die Verhältnisse im Reich geklärt sind.

Deutschland und Polen.

Warschau, 11. Oktober. (RP.) Der sozialdemokratische „Kobornik“ („Der Arbeiter“) teilt mit, daß im polnischen Auswärtigen Amt seit längerer Zeit eifrig Materialien gesammelt werden für die in baldiger Zeit in Aussicht genommenen Verhandlungen mit Deutschland über den Abschluß eines Handelsabkommens auf der Grundlage des Versailler Friedens. Der Termin für den Beginn der Verhandlungen ist noch unbekannt.

Polen bleibt, wie Paris drahtet, in Deutschland; es war ja gar nicht anders zu erwarten. Nach der „Chicago Tribune“ ist seit Mai durch Beurlaubungen von längerer Dauer und durch Entlassungen von 80 000 Mann, die zur Befestigung des Ruhrgebietes bestimmt waren, die französische Armee gegen den beständigen Widerstand des Generalkommandos von 800 000 auf 500 000 Mann herabgesetzt worden.

Die Rechnung der k. k. Reaktion.

L. G. Wien, 11. Oktober.

Die Republik Deutschösterreich ist seit ihrem Bestande aus den Krisen nicht herausgekommen. Dieser aus einem großen Wirtschaftsgebiet willkürlich herausgeschrittene Staat hat keinen Kohlenbergbau. Er muß die Kohle fast ausschließlich aus dem Ausland einführen und jede Störung in Förderung oder Zufuhr bedeutet für ihn Kohlenkrise. Deutschösterreich kann nicht einmal die Hälfte seines Mehlbedarfs im Inland decken, es muß Fleisch, Fett, Zucker, Gemüse und Obst im Ausland kaufen.

Die Kohlen- und Mehlzufuhren haben sich gebessert, an Fett ist kein Mangel, die Zuckernot scheint behoben zu sein. Aber Mehl und Fett müssen wir mit Dollars oder holländischen Gulden, Kohle und Zucker mit tschechischen Kronen bezahlen. Deutschösterreich ist nicht imstande, auch nur annähernd in demselben Maße Güter zu erzeugen und auszuführen, als es Mehl, Kohle und Rohstoffe einführen muß. Es bringt lange nicht ebensoviel ausländische Valuta in das Land, als es zum Ankauf wichtiger Waren braucht. Dieses Mißverhältnis ist die letzte Ursache der entsetzlichen finanziellen Krise dieser Tage. Je mehr aber die Krone in Zürich sank, desto schamloser wurde das Treiben der heimischen Kapitalisten. In dem Bestreben, aus der Not des Landes Profit zu schlagen, kauften sie ausländische Zahlungsmittel in Unmengen auf und trieben durch ihre große Nachfrage den Kurs in einem unerhörten Maße empor. Vor wenigen Wochen kostete ein Dollar tausend Kronen. Aber die christlichsozial-großdeutsche Regierung ließ die Spekulationen gewähren. Heute kostet ein Dollar über dreitausend, ein holländischer Gulden über tausend, eine tschechische Krone über dreißig, eine Mark fünfundzwanzig Kronen. Und in Zürich erhält man für hundert Kronen zwanzig Centimes. Der Banknotenverkauf aber steigt um fünf Milliarden Mark in der Woche.

Die „Flucht vor der Krone“ beherrscht alles. Wer Geld hat, sucht es in Waren anzulegen. Die riesige Nachfrage treibt von Tag zu Tag alle Preise noch höher. Es ist nicht Mangel an Nahrungsmitteln, aber die Nahrungsmittel, die geboten werden, kann bald kein Arbeiter und Angestellter kaufen, weil jede Lohnverhöhung längst überholt ist. Der unerschwingliche Fettpreis bedingt Fettaut wie im Kriege und hat Unterernährung im Gefolge. Die Hausfrau ist wieder auf die unzulängliche Wochenration angewiesen. Die Zuckernote muß sie verfallen lassen, weil sie dafür nicht 266 Kronen bezahlen kann. Nach einer Aufstellung von Preisen im „Oesterreichischen Volkswirt“ ist alles, was man zu einem bescheidenen Leben benötigt, 242 mal so teuer geworden, als es im ersten Halbjahr 1914 war, die Löhne und Gehälter aber kaum hundertmal höher. Während die Sozialdemokratie einen Finanzplan ausgearbeitet hat, der alle Zweige der Staatsfinanzen erfasst und einem Ausweg aus der übergroßen Not dieser Tage weist, wenn er ohne Zögern durchgeführt wird, lauert die Gegenrevolution darauf, diese Not auszunutzen. Die Monarchisten hoffen, daß das Elend die Massen zu Verzweiflungsausbrüchen hinreißt wird. Dann würden sie auf den Plan treten, um „Ordnung zu machen“. So dienen ihnen auch jene Preistreiber, die selbst nicht mit ihrem Wucherergewinn die Massen der Monarchisten speisen. Buchgerüchte schwirren durch die Luft. Sicher ist, daß die Habsburgsöldlinge aller Art, die „Legitimisten“ und „Frontkämpfer“, in der letzten Zeit eine fieberhafte Tätigkeit entfalten und eine Geheiminszenierung nach der anderen einberufen, deren Beschlüsse allerdings keineswegs geheim bleiben. Aber die größte Gefahr droht von jenseits der Welt. An der alten Grenze gegen Ungarn steht eine starke und wohl-ausgerüstete Habsburgsarmee, die — darüber ist kein Zweifel — jederzeit zum Anmarsch gegen Wien bereit ist, um mit ihren Bajonetten dem Habsburger die Wege zu ebnen. Während die Ententegenere in Budapest mit den ungarischen Waffen tadeln, rüstet Stefan Friedrich im Burgenland zum Kriege, während die Entente Tag für Tag untätig und geradzu hilflos verstreichen ließ, um zuletzt eine höchst mißlose „Befreiung“ in Benedig einzuleiten, haben Friedrich und Bronay die Zeit genützt, um ihre Banden, somohl was die Stärke als die Ausrüstung anlangt, schlagfertig zu machen. Die Arbeiterschaft weiß, was ihrer harre, wenn die Herrschaft der Habsburger oder eine Art Horthy-Regime in Deutschösterreich ausgerichtet würde. Sie wird jeden Versuch, die Republik anzuketten, mit äußerster Kraft und Entschlossenheit abwehren. Aber ein solcher frevelhafter Versuch muß dennoch neue Erschütterungen mit sich bringen, neue furchtbare Opfer erfordern.

Die Entente hat es wenig eilig, Deutschösterreich mit der lange versprochenen Kreditaktion aus der augenblicklichen finanziellen Krise zu helfen; ihre Lässigkeit hat die burgenländische Krise erst eigentlich herbeigeführt. Was liegt näher, als daß sich das deutschösterreichische Volk mehr denn je gegen das Diktat der Entente aufbäumt, das ihm den Anschluss an Deutschland verwehrt, den wirtschaftlichen

Anschluß, der es zu neuem Leben erwecken kann, den politischen Anschluß, der die Möglichkeit einer Wiederkehr der Habsburger für immer zunichte macht. Wenn die großmächtige Entente die Durchführung der einen Bestimmung des Friedens auf restlose Uebergabe des Burgenlandes nicht zu erzwingen vermag, wenn aus dem Gebäude dieses Friedens auch nur ein Stein herausbricht, muß zulezt das ganze Gebäude zusammenbrechen. Dann erst kann der deutsche Volksstamm in Oesterreich aus seinen Nöten befreit werden.

Panik in Wien.

Wien, 12. Oktober. (G.) Die Banken und Bankiers hatten gestern einen wilden Ansturm des Publikums zu bestehen, das durch Gerüchte über eine bevorstehende Sperre der Konten und Depots sowie über die Absicht einer Zwangsanleihe sehr beunruhigt war und die Herausgabe der eingelezten Gelder und Effekten verlangte. Erst als in den Nachmittagsstunden die Regierung offiziell verkündete, daß sie weder die Konten sperren noch die Noten abstempern wolle oder ähnliche Zwangsmassnahmen beabsichtige, trat einigermaßen Beruhigung ein. Finanzminister Dr. Bürker legte dem Finanzausschuß die ersten Maßnahmen seines Finanzprogramms vor. Es soll die Vorauszahlung der direkten Steuern unter Zugrundelegung der letzten Ausschreibung nebst einem 100 prozentigen Zuschlag verfährt werden und eine wesentliche Erhöhung der Verzugszinsen und Exekutionsgebühren für künftige Jahre. Gleichzeitig setzt die Regierung die Verhandlungen mit den Banken wegen Abschluß eines 250-Millionen-Mark-Kredites zum Ankauf fremder Zahlungsmittel fort. Ferner sollen die Banken eine Art Garantie für eine innere Anleihe übernehmen, die jedoch keinen Zwangscharakter tragen soll und aus deren Ertrag man die Mittel erhofft, um die Notendrucke bis Januar nächsten Jahres stilllegen zu können. Die Regierung glaubt auch, die Verhandlungen über einen Auslandskredit zu einem gedeihlichen Abschluß führen zu können.

Nachbar Ungarn.

Venedig, 12. Oktober. (G.) Die Burgenlandkonferenz hat begonnen. Deutschösterreich ist durch Bundeskanzler Schober vertreten.

Wien, 11. Oktober. (WB.) Amtlich wird bekanntgegeben: Gestern nachmittag wurden auf österreichischem Gebiet bei Unterrohr zwei patrollierende Gendarmen von einer ungarischen Bande überfallen und über die Grenze geschleppt.

Belgrad, 12. Oktober. (G.) Die südslawische Regierung hat den Großmächten eine Note überreicht über die ungarischen Greuelthaten in den evakuierten Gebieten in Baranya. Auch der englische Botschafter in Budapest hat im gleichen Sinne interveniert und für die ungarische Regierung belastendes Material vorgelegt. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Oberste Rat eine Subkommission gebildet, die aus je einem diplomatischen und einem militärischen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens besteht und nach Baranya reisen wird, um die Beschuldigung der südslawischen Regierung zu prüfen. Dieselbe Kommission wird eine Untersuchung im Burgenlande vornehmen.

Wien, 12. Oktober. (M.) Die Wiener Junkenstation sing einen Jungspruch der ungarischen Regierung an die Pariser Agentur „Est Europe“ an, in dem sie erklärt, daß die ungarische Regierung die Banden in Westungarn nicht entlassen werde, da die Arbeiterkräfte in Deutschösterreich mit der Bewaffnung der Arbeiterschaft begonnen hätten. Demgegenüber erklärt die Bundesregierung offiziell, daß die Nachricht von einer Bewaffnung der Arbeiterschaft in Deutschösterreich absolut falsch sei. Der Jungspruch der ungarischen Regierung beweise, daß Ungarn wohl in der Lage sei, die Banden zu entlassen, daß es das aber nicht wolle.

Scheidemann zur Ermordung Erzbergers. Im Verlag für Sozialwissenschaft ist sorden die Rede, die Scheidemann am 30. September im Reichstag hielt, als Brotdiener erschienen. Sie kostet 1,20 M. In der Scheidemannschen Rede ist das zusammengefaßt, was über die Schuldigen und die Mitschuldigen an der Ermordung Erzbergers zu sagen ist. Sie bietet reiches Material, das für die Agitation außerordentlich wertvoll ist. Im Kampfe gegen rechts wird das wirkungsvoll zusammengestellte Beweismaterial noch für lange Zeit unentbehrlich bleiben.

Mütter.

Von Alexander Seidel.

Vorgesprochen; Ringespiele rauschen gebläht in Tisch und Glas, hängen, Drehorgeln dudeln, Schiffe knallen, Kläfer klappern. „Das Gämärr — aber! — Präzessierst das Gämärr — ab!“

Die Kommandos schneiden durch alles Lärmen. Ein schrilles, durch und durch gehendes Kreischen folgt, dazwischen wüßtes Schimpfen und das Klatschen hastender Schläge.

Ich sehe eine Kessin, in Miniaturuniform, mit Helm, Säbel, Gewehr; einen widerlichen Kerl, glühend vor Wut, der sinnlos mit einer Kette auf das Tier einschlägt. Abwärts auf einer Kiste liegt schlief der Kadaver eines toten Affenkindes.

Das Volk flücht; in vielen Augen brennt Mitleid, in einigen glimmt satanische Wollust.

Ich erfahre: Das Junge war krank, scheinbar rettungslos. Die Alte gab es nicht aus den Armen und sträubte sich, die Kommandos auszuführen. Der Dompteur entriß ihr das ohnehin schon aufgegebenes Junge und schlug es tot.

Die Stimme der Kessin erklingt fast vor Schmerz. Das Tier rauft auf und ab, es zerrt und würgt an der Kette, es springt mit schnappenden Klauen gegen den Mann, es kratzt mit irren Geifen in die Luft.

Bei all dem saugen sich die Augen des Tieres an dem kleinen Leichnam fest. Ich habe nie den Ausdruck so tiefen Wehens und Leidens in einem Auge gesehen, wie in denen der Affenmutter. Ich habe nie solch brennenden, glühenden Haß gesehen (und ich sah die Blicke von Französinen, die man zwang, in den Kasinos deutscher Fliegerrajoniers zu bedienen), wie in den Blicken dieses Tieres, wenn es seinen Weinger ansah.

Das tote Affenkind wird beiseite geschafft. Die Mutter ist belübt von Schlägen. Der Mann gibt es auf, sie zur Ausführung der Kommandos zu zwingen: es ist vergeblich.

Ich gehe. Für mich ist das Fest vorbei. Mich verfolgt der Gedanke an die Kessin, der ein Stärkerer ihr Kind raubte, die sich lieber selbst toteschlagen ließe, ehe sie dem Mörder ihres Kindes gehörte.

Quälender Vergleich, der sich mir aufzwingt: Ward nicht der deutschen Mutter ihr Kind aus den Armen gerissen von einer Macht, die finster über ihr stand, ward nicht ihr Kind erschlagen und sie gezwungen, machtlos dabeizusehen?

Auch sie war gezwungen, auch in ihren Augen loberte Haß. Aber ihre Ketten sind gesprengt, sie ist frei von den Räubern ihrer Söhne.

Ist doch, salutieren da nicht Mütter weiter? Befinden sich da nicht Mütter von Gefoltenen unter den Hochrufern, wenn der General erscheint, freiwillig, ohne Zwang? Kein Haß in ihren Augen?

Der „Vetter des Ministers“.

In dem Kölner Luchschieberprozeß hat die bürgerliche Presse mit beabsichtiger Auffälligkeit den Angeklagten Henseler als Vetter des Ministers Severing bezeichnet, wodurch wohl die Meinung hervorgerufen werden sollte, daß die verwandtschaftlichen Beziehungen Henseler zu dem damaligen Innenminister dem Treiben Henseler förderlich gewesen seien.

Wie wir hierzu von bestunterrichteter Seite erfahren, besteht eine eigentliche Verwandtschaft zwischen dem Genossen Severing und dem Angeklagten Henseler überhaupt nicht. Genosse Severing entstammt einer zweiten Ehe seines Vaters, während Henseler ein Neffe der Frau erster Ehe ist. Eine engere Bekanntschaft zwischen beiden hat auf Grund dieser weitläufigen Beziehungen auch nicht bestanden, Genosse Severing hat den Henseler nur ein paarmal flüchtig gesehen.

Ein Kampf um die Schule

Ist die Stadtverordnetenwahl am 16. Oktober. Die bürgerlichen Parteien wollen die Kinder des Volkes in der Schule genau wie früher in Hohenzollern-Berehrung und Kirchendemit erziehen.

Wissen ist Macht!

Arbeiterwissen ist den kapitalistischen Parteien daher gefährlich. Schützt die Zukunft eurer Kinder

Wählt SPD!

Von den Luchschiebern Henseler erfährt Genosse Severing erst Mitte April 1920, als ihn Henseler in seiner Dienstwohnung aufsuchte und um die Erlaubnis bat, seine Geschäfte mit der Beschaffungstelle der Sicherheitspolizei fortsetzen zu dürfen. Erst hierdurch wurde Genosse Severing auf diese Geschäfte aufmerksam. Als H. einfließen ließ, daß er in kurzer Zeit eine Million Mark an diesen Geschäften verdient habe, gab Genosse Severing darüber seiner lebhaften Verwunderung Ausdruck und hielt mit seiner Absicht nicht zurück, den Dingen auf den Grund zu gehen und eine Kenderung eintreten zu lassen. Hierüber war H. sehr bestürzt und bat Severing, ihn im Falle seines Ausscheidens aus dem Geschäft in irgendeiner Stellung zu verwenden, was Genosse Severing glatt ablehnte. H. versuchte dann in der Folge noch mehrfach, Verbindung mit Genossen Severing zu erreichen, alle diese Versuche wurden abgewiesen.

Was das Luchschgeschäft selber anbetrifft, so sind die ersten Verhandlungen über den Abschluß dieses Geschäftes Anfang März 1920 gepflogen worden. Genosse Severing hat am 29. März 1920 seine Bestallung als Staatsminister erhalten, sein Amt aber erst am 11. April angetreten, da er von der Regierung ersucht worden war, seine Mission im Ruhrgebiet zur Beseitigung der Unruhen zu beenden. Die Mitteilungen Henseler haben ihn sofort Veranlassung gegeben, den Beschaffungstellen neue Vorschläge zu erteilen, die darauf hinzielten, daß künftig nicht einzelne Geschäftemacher derartige Riesengewinne erzielen könnten.

Außerdem sind die Beamten, die bei Abschluß der Diebstahlverträge zum mindesten nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verfahren, vom Genossen Severing aus ihrem Amt entfernt worden. Zu diesen gehörte auch der Geheimrat v. Priesdorff. Ein ebenfalls an der Sache beteiligter Major Bruer ist aus der Beschaffungsabteilung freiwillig ausgeschieden und dadurch seiner Kündigung zuvorgekommen.

Gegenüber den verdeckten Verdrängungen der bürgerlichen Presse hielten wir diese Feststellung für geboten. Im übrigen wird in dem Prozeß Genosse Severing Gelegenheit gegeben sein, diese Tatsachen durch Eid zu erhärten.

Wie fürchterlich der Gedanke, daß eine Jahrhundert währende Verblödung und eine Erziehung, welche die heiligsten, ursprünglichsten Gefühle einem Götzenbild unterordnet, Mütter hervorgebracht hat, die sich von einer Kessin beschämen lassen!

Birchow und Haedel. Zum bevorstehenden 100. Geburtstag Rudolf Birchows sei an die Tatsache erinnert, daß Haedel im letzten Jahre seiner Würzburger Studententätigkeit Assistent des großen Pathologen war. Kaum ein größerer Gegensatz läßt sich denken als der überschwebeliche und begeisterungsfähige junge Haedel und sein erster, scharfsinniger Lehrer.

Davon schreibt Haedel damals seinen Eltern in jenen schönen Briefen, die unter dem Titel „Entwicklungsgeschichte einer Jugend“ jetzt bei R. F. Köhler in Leipzig erschienen sind: „Das Richtige und Schwierigste meiner jetzigen Stellung ist aber nun das Verhältnis zu meinem Chef, von dem ich Euch jedoch erst später, wenn ich selbst erst mehr hineingekommen bin, werde erzählen können. Birchow ist bis jetzt im ganzen sehr nett und freundlich zu mir gewesen. Doch ist er viel zu verschlossen und vorsichtig, als daß ich daraus schließen könnte, daß er mit mir zufrieden wäre. Anfangs war dies offenbar nicht der Fall. Mein ganzes Wesen, meine ganze Art, die Dinge zu behandeln, ist von der seinen zu verschieden, als daß er sie billigen könnte. Von der göttlichen Ruhe, Ralte und Konstanz, mit der er, immer sich gleich bleibend, alle Dinge höchst objektiv und klar aufsaßt, ist mir leider von der Natur nicht die Spur verblieben, und meine Hoff, Hitze und Unruhe ist ihm daher nicht sehr angenehm. Wie oft habe ich in den ersten Tagen, bei Uebergabe der Sammlungen usw., von meinem Vorgänger Dr. Groh, der sich vollkommen in Birchow zu finden wußte und auch eine viel verwandtere Natur war, die Worte hören müssen: „Rein, das geht hier nicht so, lieber Haedel, nur ruhig, kalt, trocken! Was hilft die Hast und Hitze? Nur recht langsam und kalt, dann geht alles viel besser!“ — Freilich fühle ich neben einem solchen Riesengeist erst recht, was für elende Würmer ich und die meisten meiner Kommilitonen eigentlich sind und man möchte da wirklich ganz an einer Leistungsfähigkeit verzweifeln.“

Cascadio Hearns Zukunftsraum. Der geniale Schilderer östlicher Kultur und Lebensweise Cascadio Hearns, dessen Werke auch bei uns viel gelesen werden, ist zwar schon lange tot, aber soeben erscheint ein neues Werk von ihm, das aus einzelnen Aufsätzen seines Nachlasses zusammengestellt ist. Es führt den Titel „Karma und andere Geschichten und Essays“ und behandelt das Verhältnis des Ostens zum Westen. Hearns fordert „eine Verbindung aller Völker, die Vereinigung weltlicher Tatkraft mit der Geduld des fernem Ostens, nördliche Kraft mit südlicher Feinfühligkeit und die Bildung einer bis jetzt noch unvorstellbaren Gesellschaft, die unendlich überlegen sein soll einer jeden, die jetzt besteht oder je bestanden hat.“

Eine deutsche Expedition zur Bekämpfung der Schlafkrankheit. Eine wissenschaftliche Expedition unter Führung von Prof. Kleine begibt sich dieser Tage nach Afrika, um dort neue Mittel gegen Trypa-

Noch immer Fahr-Methoden!

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Sabotage der zweifellos auf Ausgleich gerichteten Politik des Grafen Lichnowsky durch die unverbesserliche bayerische Beamtenenschaft tritt in der Umdeutung der Reichsausnahmeverordnung gegen die republikanische Presse deutlich zutage. Erst kürzlich wurde das einzige christliche Blatt Bayerns, welches mit fester Entschlossenheit für die Republik und Völkerverständigung eintritt, das „Neue Volk“ in Würzburg wegen Beleidigung der kaiserlichen Minister verboten. Weshalb? Das „Neue Volk“ hat als unverstündlich bezeichnet, daß die Minister Dr. Rad und Oswald Minister in einem republikanischen Staatswesen sein könnten, da sie doch die republikanische Staatsform bekämpften. Die Redaktion des beschlagnahmten Blattes wendet sich in einem Zirkular an seine Leser und protestiert mit aller Entschiedenheit dagegen, daß ein Blatt, das lediglich die republikanische Verfassung verteidigt, von bayerischen Beamten verboten wird.

Nun wurde auch die „Münchener Morgenpost“, das Organ der NSP, das durch die lange Schweigezeit, die ihm Pochner auferlegte, bemüht an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben worden ist, neuerdings auf 14 Tage verboten. Der Anlaß des Verbotes ist ein Artikel „Die Verschwörung gegen die Republik“. In der Begründung wird unter Anführung bestimmter Stellen gesagt: „Diese Sätze geben weit über das übliche Maß der Kritik hinaus und sind geeignet, die deutsche Strafrechtspflege und den deutschen Richterstand in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich zu machen.“

Der von der Polizeibehörde herausgegriffene Artikel enthält nichts als die Wiedergabe und Besprechung der Enthüllungen der „Münchener Post“ über das Münchener reaktionäre Verschwörerversteck, er forderte und begründete ein Spiegelgesetz zur richterlichen Verfolgung der bayerischen Hochverräter. Bisher hat die Münchener Polizei mehr Anstoß an den Mitteilungen über die Niederschönenfelder Zustände in derselben Nummer genommen, wie in dem Artikel, welcher der äußerliche Anlaß zu dem Verbot des Blattes geworden ist.

Zeitungsverbot.

Würzburg, 12. Oktober. („Frankf. Zig.“) Das christlichsozialistische „Neue Volk“ wurde von der Kreisregierung von Unterfranken wegen eines Artikels „Neuer Kurs in Bayern“ auf acht Tage verboten.

Wirkung der Sonderprüfung der Sekretäre

Die im Reichstag und in Beamtenkreisen viel bekämpfte Sonderprüfung der Sekretäre, die für Aufstieg dieser Beamten nach Besoldungsgruppe VII verlangt wird, erzeugt bedauerliche Wirkungen.

Im „Postfachblatt“, dem Organ der Gewerkschaft Deutscher Post- und Telegraphenbeamten finden wir folgenden Nachruf:

„Am 1. September 1921, während er sich der aufgezungenen Sonderprüfung unterzog, verstarb infolge eines Herzschlages unser lieber unvergesslicher Kollege, der Herr Postsekretär Mathias Josef Rundholz, im Alter von 59 Jahren.“

Wie wir weiter erfahren, soll dies nicht der einzige derartige Fall sein, was bei dem vorgerückten Alter der Beamten gar nicht Wunder nimmt. Die Einführung der Sonderprüfung wurde von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen im Kabinett Fehrenbach durchgedrückt.

Bleibt zu sehen aber auch die maßgebenden Regierungsstellen jetzt ein, wozu die unnötige Quälerei aller Beamter führt und zeigen sich etwas geneigter, die Frage einer Revision zu unterlegen.

Parteitag der Deutschen Volkspartei. Der am 24. und 25. Oktober in Stuttgart stattfindende Parteitag soll mit einer Eröffnungsrede des Vorsitzenden Stresemann beginnen. Zur Reform der Rechtspflege ist Professor Rahl als Redner vorgesehen. Zum Geschäftsbericht und zur Beschlußfassung über die Kenderung der Satzungen der Partei spricht Rechtsanwalt Kempkes. Außerdem will man noch über Wirtschaft, Reichsfinanzen und Kulturprobleme berichten.

nosomenkrankheiten bei Mensch und Tier zu erproben. Prof. Kleine hat Robert Koch als Assistent bei seinen Expeditionen zum Studium des Küstenfiebers und der Schlafkrankheit begleitet und war seitdem Leiter der Schlafkrankheitsbekämpfung in Deutsch-Ostafrika bis zum Kriege. Ihm gelang es zum erstenmal, die Schlafkrankheit experimentell durch den natürlichen Zwischenwirt, die Glossina, auf Affen zu übertragen und die Entwicklung des Erregers in der Fliege nachzusehen.

An der neuen Expedition, die von der deutschen Industrie ausgerüstet wird, nimmt auch Medizinalrat Fischer teil, der seit 1907 Mitglied der Schlafkrankheitsbekämpfung in Deutsch-Ostafrika war. Das nächste Ziel der Reise ist Nord-Rhodesia. Durch das Entgegenkommen der britischen Regierung wird den deutschen Gelehrten das Arbeiten in den englischen Kolonien ermöglicht.

Blutrache in Neapel. Die neapolitanische Polizei hat sich veranlaßt gesehen, sämtliche Mitglieder zweier Familien, im ganzen 40 Personen, in Haft zu nehmen. Es schien dies der einzige Weg, um einem blutigen Familienstreit ein Ziel zu setzen, der seit sechs Jahren tobte und bereits eine Reihe von Opfern gefordert hatte. Im Jahre 1915 hatte nämlich ein Angehöriger der Familie de Lucia ein Mitglied des Hauses Fiorillo geodreht, und die Familie Fiorillo glaubte, diese Schmach nicht anders als mit Blut sühnen zu können. Seitdem gingen die de Lucias und Fiorillos, wo einer des anderen anstah wurde, mit Schuß- und Stichwaffen aufeinander los. Von den beiden Familien hat man allein einen kleinen Knaben und ein kleines Mädchen in Freiheit gelassen, und die romantisch veranlagte neapolitanische Polizei gibt dabei diskrte der Hoffnung Ausdruck, daß sich vielleicht einmal zwischen den beiden Kindern zarte Beziehungen anknüpfen könnten, die dem Familienzwist ein Ende zu setzen vermöchten. An das tragische Vorbild des berühmtesten italienischen Liebespaars aus feindlichen Häusern hat die Behörde dabei, wie es scheint, nicht gedacht.

Sherlock Holmes als Kaffier. Bei einem Bankett, das kürzlich in London stattgefunden hat und an dem Conan Doyle, der geistige Vater des Sherlock Holmes, teilnahm, kam auch zur Sprache, wie Conan Doyle während des Krieges seine Bücher dazu benutzte, um seinen als Kriegsgefangenen in Magdeburg internierten Bekannten Nachrichten zu übermitteln.

Er begann damit, einem Offizier einen Band zu schicken, bei dem er im Anfang des dritten Kapitels mit der Spitze einer Nadel die Worte unterstrichen hatte, die eine interessante Neuigkeit ergaben. Den Band begleitete ein Schreiben, in dem es hieß: „Wenn Sie das Buch gelesen haben, können Sie es der Lagerbibliothek überreichen.“ Die Vektüre ist zwar nicht eben kurzweilig, aber vielleicht werden Sie doch finden, daß das dritte Kapitel interessante Einzelheiten enthält.“ Der Offizier, an den Buch und Schreiben gerichtet waren, verstand zunächst nicht, was der Schriftsteller damit sagen wollte. Aber einer seiner Kameraden und Leidensgenossen, ein Hauptmann Keppel, kam dahinter. So war den britischen Offizieren in Magdeburg Gelegenheit gegeben, sich über allerlei Neuigkeiten aus der Heimat und die Kriegereignisse auf dem Laufenden zu erhalten. Von dankte Conan Doyle für die interessante Sendung und sagte die Bitte hinzu, bald einen weiteren Band zu schicken.

Der Landtag vertagt sich.

Die mit Spannung erwartete große Aussprache über die preussische Innenpolitik gelangte heute im Landtag nicht zur Erledigung. Mit Rücksicht auf die gespannte außenpolitische Situation, namentlich auf die zu erwartende Entscheidung über Oberschlesien, erklärten die Bürgerlichen, heute nicht verhandeln zu wollen. Wir Sozialdemokraten verkennen die Schwere der ober-schlesischen Entscheidung keineswegs, aber wir sind der Ansicht, daß die Aussprache über innerpreussische Verhältnisse damit nur in ganz entferntem Zusammenhang steht. Der Begründung der bürgerlichen Mehrheit stehen wir daher einigermaßen skeptisch gegenüber, zumal da die gleiche Mehrheit auch verhinderte, daß die innerpolitische Aussprache auf die morgige Tagesordnung gesetzt wurde. Die nächsten Tage werden jedenfalls erwiesen, ob die bürgerliche Mehrheit wirklich nur eine Verschiebung um Tage oder nicht um viel längere Zeit beabsichtigt, da ihr die Debatte über die Haltung des Herrn Dominicus aus ganz anderen als ober-schlesischen Gründen höchst fatal werden dürfte. Eine Vertagung dieser Debatte auf unbestimmte Zeit wird sich die Sozialdemokratie jedenfalls nicht stillschweigend gefallen lassen.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung beantragte Abg. Herold (Z.) mit Rücksicht auf die äußerst schwerwiegenden Entscheidungen, die für Deutschlands Zukunft von unabsehbarer Tragweite sind, die heutige Sitzung zu verlagern. (Bezh. Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Braun (Soz.): Trotzdem wir die Schwere der Lage nicht verkennen, können wir nicht zustimmen. (Bezh. Hörl! Hörl! bei den Bürgern.)

Abg. Leib (U. Soz.): Wir sehen keine Notwendigkeit ein, die heutige Tagesordnung nicht zu erledigen.

Abg. König-Weihenfeld (R.D.): Wir schließen uns dem an. Die Abstimmung über den Antrag auf Vertagung ergibt die Annahme mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien. (Bezh. Beifall bei den Bürgern, lärmende Gegenklänge links.)

Präsident Lemmer schlägt vor, die nächste Sitzung

abzuhalten am Donnerstag 2 Uhr mit der für heute angeordneten Tagesordnung, mit Ausnahme des ersten Punktes: Große Anfrage Braun (Soz.) über die Personalpolitik des Ministers des Innern und über das Vorgehen des Staatlichen Landbesamts gegen Angestellte, die eine schwarzrotgoldene Flagge geführt haben. (Große Unruhe und lebh. Hörl!-Hörl!-Rufe bei den sozialistischen Parteien.)

Abg. Braun (Soz.): Das würde darauf hinauslaufen, daß beide Gegenstände auf unabsehbare Zeit abgesetzt werden. (Zurufe der Soz.: Das ist der Zweck!) Wir verlangen die Erledigung dieser innerpolitischen Angelegenheiten.

Minister des Innern Dominicus: Um jede Spur von Mißverständnissen zu vermeiden, ersucht die Staatsregierung auf das dringendste, dem Antrag Braun zu entsprechen und die Tagesordnung für morgen in derselben Reihenfolge festzusetzen, wie sie für heute festgesetzt war.

Abg. Dejer (Dem.): Man sollte doch jetzt nicht derartige Gegenstände hervorheben. (Lärm und Zurufe bei den sozialistischen Parteien.) Wir sind der Meinung, daß der erste Gegenstand die Interpellation der Sozialdemokraten sein muß.

Abg. Herold (Z.): Wir haben nicht das geringste Bedenken gegen die baldige Verhandlung der großen Anfrage Braun. Aber solange die Entscheidung über Oberschlesien noch nicht gefallen ist, müssen wir diesen Punkt aussetzen. Es geht ja fest, daß diese Entscheidung in den nächsten Tagen fällt. Dann können wir diesen Gegenstand sofort behandeln, morgen bitte ich ihn aber nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Im Hammersprung wird die Behandlung der beiden großen Anfragen mit 154 Stimmen der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten gegen 118 Stimmen der Linksparteien mit Einschluß der Demokraten abgelehnt.

Statt des Geschäfts- und Fortsetzungs wird die zweite Beratung des Wahlhabrissetats auf die morgige Tagesordnung gesetzt, weil der Landwirtschaftsminister durch eine Reise an der Teilnahme zur Beratung seiner Etats verhindert ist.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. Schluß 12 Uhr.

Die bei den preussischen Ressorts beschäftigten Beamten der unteren Besoldungsgruppen wurden bisher gegen dreimonatige Kündigung eingestellt. Neuerdings ist das Staatsministerium dazu übergegangen, sich eine einmonatige Kündigungsfrist vorzubehalten und so die Anstellungsverhältnisse gegenüber den überordneten Gruppen zu verschlechtern. Die Abg. Müller-Hannover (Soz.) und Genossen haben deshalb die Staatsregierung gefragt, ob sie geneigt ist, die durch diese Maßnahmen entstehende Unruhe in der Beamenschaft zu beseitigen und diese Beamten ohne Kündigungsfrist anzustellen, wie es in den überordneten Gruppen von jeher üblich war.

Brantings Kabinett.

Wie wir erfahren, hat Genosse Hjalmar Branting neben der Leitung des Kabinetts auch das Ministerium des Neuhorns übernommen; er hat bekanntlich als Vertreter Schwedens an der Genfer Verhandlung über die Alandsfrage teilgenommen, deren Entscheidung in Schweden Bestimmung erzeugt hat.

Die auch im Auslande bekanntesten Minister sind die Genossen Hermann Lindquist (Soziales), bisher Präsident der II. Kammer, der langjährige Führer der Gewerkschaften, Thorsson (Finanzen), der es vom einfachen Schuhmacher zu einem der angesehensten Männer gebracht hat und Hansson (Wehrminister), der als Laufjunge begann und sich in der Jugendorganisation hervortat.

Die Sozialdemokratie ist zwar weitaus die stärkste Partei im Parlament, besitzt aber nicht die Mehrheit. Die Liberalen haben es abgelehnt, in das Kabinett einzutreten, so daß es rein sozialdemokratisch ist.

Andere Länder, andere Sitten!

Belgrad, 10. Oktober. (AP.) „Politika“ meldet, daß der bekannte russische General Kommissaroff mit seiner Gattin über Bulgarien nach Sowjetrußland ausgewiesen ist. General Kommissaroff soll mit den deutschen monarchistischen Kreisen in naher Verbindung gestanden haben und in Belgrad für ein Zusammengehen der russischen Monarchisten mit den deutschen agitiert haben. Er soll Instruktionen von seinen Anhängern aus Berlin und Budapest erhalten haben.

Vor dem Empfang in Sowjetrußland wird Herr Kommissaroff wohl ungarische, rumänische oder — deutschmonarchistische Gostfreundschaft bewahren.

Die paßfeindliche Zeitin.

Rom, 12. Oktober. (CC.) Clara Zeitin, die an dem italienischen Sozialistenkongress teilnimmt, hat, wie gelegentlich des französischen Kommunistenkongresses in Tours, auch Italien ohne Paßvisum erreicht. Damit die Nachricht von ihrer Anwesenheit von den Journalisten nicht vorzeitig verbreitet werde, hatte man die Journalisten trotz ihrer lebhaften Proteste während zweier Stunden eingesperrt.

Groß-Berlin

Wenn das nicht zieht . . . Das Spatenbild soll helfen.

Die Parteien agitieren für die Stadtverordnetenwahl. Das ist ihr gutes Recht und niemand wird es ihnen verwehren, niemand etwas dagegen haben, wenn es mit anständigen Mitteln geschieht. Oft genug haben wir es gebrandmarkt, wenn in Wahlzeiten mit Freibeit und anderem „geistigen Stoff“ auf die Wähler eingewirkt wurde. Diese Methoden wurden insbesondere von jenen Parteien geübt, die sich immer nur kurz vor der Wahl ihrer Pflichten gegenüber der Allgemeinheit erinnerten. Bei Freibeit und Schnaps erkundigten sie sich dann „nach den besonderen Wünschen zur Besserung der Lage“ dieser oder jener Bevölkerungsstufen, und wenn die armen dummen Teufel ihnen dann den Gefallen getan hatten, für sie zu stimmen, waren die Versprechungen bis zur nächsten Wahl vergessen, um dann wiederum bei Freibeit und Schnaps oder auch beim Bursteifen aufgewärmt zu werden. Trotzdem konnten diese Methoden nur bei dem politisch unreifen Teil der Bevölkerung angewandt werden, jeder politisch aufgeklärte, jeder seines Wertes bewußte Wähler lehnte diese Bestechungsversuche, die geradezu als eine Beleidigung angesehen werden müssen, entschieden und mit Verachtung ab. Die betreffenden Parteien aber rechneten von vornherein mit einer gewissen Minderwertigkeit derjenigen, an die sie sich mit solchen Anbieten wandten.

Der Beamtenauschuss der Deutschen Demokratischen Partei hat sich nun mit einem Schreiben an die Hauptwachtmelder der Schupo gewandt, das den Schluß

Für die Redaktionen der Parteipresse.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ hat seine Bureauadresse seit dem 1. Oktober im „Vorwärts“-Haus, Lindenstraße 3. Wir bitten die Redaktionen, in Zukunft sämtliche Zuschriften nach Berlin SW 68, Lindenstraße 3 („Vorwärts“-Redaktion) zu adressieren und sich bei Fernrufen der Leitungen Moritzplatz 16092 und 16135 zu bedienen.

Sozialdemokratischer Parlamentsdienst.

zuzieht, daß er in diesen Beamten keine vollwertigen Menschen sieht, denn der letzte Absatz lautet:

„In der Hoffnung, in vertraulicher Aussprache manche Zweifel klären zu können, vor allem aber Ihre besonderen Wünsche auf Besserung der Lage der Schupobeamten kennen zu lernen, beehren wir uns, Sie für Montag, den 10. Oktober, nachmittags 6 Uhr, zu einem Glas Bier nach dem Spaten, Friedrichstr. 172, einzuladen. Vielleicht bringen Sie noch den einen oder anderen der Herren Oberwachtmelder mit.“

Wir haben von den Beamten der Schupo eine viel zu hohe Meinung, als daß wir glauben könnten, daß sie auf solches Anerbieten, das geradezu eine Beleidigung für sie darstellt, hereinfallen könnten. Die Demokraten kämpfen bei diesen Wahlen Schulter an Schulter mit den anderen rechtsstehenden Parteien, die durch dieses Vorgehen der Demokraten ebenfalls charakterisiert werden. Wir sind davon überzeugt, daß die Beamten der Schupo der SPD ihre Stimme geben, die nicht nötig hat, sich kurz vor der Wahl nach ihren Wünschen beim Genuß von Bier zu erkundigen, sondern jederzeit für ihre Interessen eintreten kann, weil sie stets über ihre Lage unterrichtet ist.

Demokratischer Beamtenfang.

Die bürgerlichen Parteien, besonders aber die deutschnationalistische und die deutschnationale, suchen sich von der Höhe ihrer strammen Selbstsicherheit in einer wüsten und gewissenlosen Neize gegen die Sozialdemokratie gegenseitig zu überbieten. Die Demokraten haben es auf die Beamten abgesehen und wollen sie durch ein Flugblatt mit Gewalt dumm machen. Zuerst heißt es noch ganz verständlich: „Die Rot (in Berlin) ist gekommen durch den Krieg. Die Verantwortung trifft die, die den Krieg verschuldet haben und noch heute mit dem Gedanken eines neuen Krieges und einer neuen gewalttätigen Umwälzung spielen.“ Kaum aber haben sie das gesagt und sollen nun die Konsequenzen ziehen, so fällt ihnen auch schon das Herz in die Freistühler und sie laufen so ganz beschneiden und klein und gemüßwärtig um Entschuldigung blättern ein Säckchen. Das niemanden wehe tut: „Dorum Kampf der Partei, die jene Politik billigt und noch heute vertritt.“ Wie diese Partei heißt, das verschweigt der demokratische Held vollkommen.

Dann aber geht es in gemeinlicher Weise gegen die Sozialisten los: „Die Rot ist gewachsen durch Niederhaltung der Beamtengehälter unter dem Einkommen von Hilfskräften, durch Zurücksetzung befähigter und erprobter Beamten gegen politische Streber“ usw. usw., also ganz offenkundiger Anstoss.

Wie steht denn in Wirklichkeit die SPD zu den Beamten? Es ist zunächst einmal das Verdienst der Sozialdemokratie, daß durch den Artikel 129 der Reichsverfassung die Rechte der Beamten in weitestgehender Weise festgelegt worden sind. Die Sozialdemokratie aber steht fest auf dem Boden dieser Verfassung, während diese Parteien, die um die Günst der Beamten auch bei den Stadtverordnetenwahlen buhlen, sie lieber heute als morgen beseitigen möchten. In der sozialistischen Stadtverwaltung ist die Sozialdemokratische Fraktion in der Erfüllung von Beamtenforderungen mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie hat das Mitbestimmungsrecht der Beamten und Angestellten in ihren eigenen Angelegenheiten durch Beamten- und Angestelltenkammer und Schlichtungsausschuss festgelegt, die früheren 64 Urlaubsklassen abgeschafft und Urlaubsberechnung nach Lebens- und Dienstalter eingeführt. Es sind mehr gut bezahlte Stellen geschaffen, das Aufstiegen ist erleichtert; es erfolgt noch Leistungen. Die Ausbildung geschieht auf Kosten der Stadt im Verwaltungsfeminar, Erholungsheim und eine Darlehnskasse sind geschaffen.

Die Beamten und ihre wahlberechtigten Frauen werden zu klug sein, als daß sie den im Grunde beamtenfeindlichen Demokraten auf den Leim gehen.

Die Partei der Zeit und der Zukunft ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und ihre muß und wird ein Beamter und seine um die Erhaltung ihrer Wirtschaft und ihrer Familie besorgte Frau am 16. Oktober ihre Stimme geben.

Aus der „guten alten Zeit“.

Damals gab's in Berlin noch keine rote Mehrheit. Der zu Ende gegangene Prozeß wegen der Ermordung des Oberlehrers Dr. Hemberger hat gezeigt, daß auch der Entwurf eine sehr anrüchliche Persönlichkeit war. Die „Morgenpost“ wickelt jetzt die entrüstete Frage auf, wie es möglich war, daß dieser Mensch, der als Priester in Bayern wegen eines Stillschickensvergehens an Kindern zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, noch als Jugenderzieher tätig sein konnte. Hemberger ging nach England, lehrte später nach Deutschland zurück, wurde in Berlin Lehrer an einer höheren Mädchenschule, verlor diesen Posten, weil er einer

Schülerin eine Liebeserklärung gemacht hatte, und erhielt nachher Anstellung an einer der Berliner Realschulen. Ja, verehrte „Morgenpost“, wenn der wegen Stillschickensvergehens bestraft Hemberger erst 1920 oder 1921 in den Berliner Schuldienst eingetreten wäre, dann würdest Du nicht fragen, wie das möglich war. Dann würdest Du genau so, wie alle anderen bürgerlichen Blätter, die von Hemberger wahrscheinlich durch ein Täuschungsmanöver erschlichene Anstellung zum willkommenen Anlaß nehmen, in ein wildes Geschrei über die „Mißwirtschaft der roten Mehrheit Berlins“ ausbrechen, die in leichtfertiger und geradezu verbrecherischer Weise unsere Jugend gefährdet habe. Aber Hemberger wurde im Schuldienst der Stadt Berlin angestellt in jener „guten alten Zeit“, die auch Du, liebe „Morgenpost“, imbrünstig zurückschaust, in jener Zeit, wo in der Berliner Stadtverwaltung noch der Kommunalfreisinn herrschte. Hemberger wurde Realschullehrer auch nicht erst in den Kriegsjahren, wo alles so drunter und drüber ging, daß Berlin noch heute an den Folgen schwer leidet, sondern schon viele Jahre vorher, als noch Berlin sich seiner „Musterwirtschaft“ rühmte. Daher geht die betroffene Frage: „Wie war es möglich?“

Im Glanz der Stadtverordnetenwürde.

Ein deutschvolksparteilicher Stadtverordneter, der die Zeitungen mit Nachrichten versorgt, teilt mit, daß die Amtsleuten der Magistratsmitglieder, Stadtverordneten und Bezirksvorsteher jetzt eingezogen werden sollen, weil sie seit der Revolution nicht mehr gezogen werden. Er bezeichnet diese Stellen als „Wahrzeichen der früheren städtischen Selbstverwaltung“, knüpft daran die Klage, daß mit ihnen „ein weiteres Zeichen der städtischen Würde verloren gegangen“ sei, und hängt zum Schluß die häßliche Bemerkung an: „Manchem Vertreter der Selbstverwaltung von heute würden diese Amtsleuten allerdings übel genug anstehen.“

Ja, die „städtische Würde“ erschöpfte sich vor der Revolution für viele der bürgerlichen Stadtverordneten in ihrer Amtsleiste. Hier fällt uns ein, wie vor einer Reihe von Jahren zwei rechtsstehende Stadtverordnete Berlins, letzte Säulen der zusammengebrochenen antisemitischen „Völkerei“, von sich reden machten durch den heuligsten Stolz, mit dem sie ihre Amtsleisten sogar außeramtlich zur Schau trugen. Ueber den einen wird erzählt, daß er in irgendeiner Provinzstadt an einem Schützenfest als Gast und Privatmann teilgenommen, dabei aber die Amtsleiste des Berliner Stadtverordneten angelegt habe. Und der andere hatte den Einfall, in einer Versammlung seiner Parteifreunde als Vortragender sich im Schmutz und Glanz seiner Amtsleiste zu präsentieren. So etwas wird nun endgültig unmöglich — zum aufrichtigen Bedauern aller Freunde ungemollter Komik.

Das Feuer in Reinickendorf und seine Folgen.

In der Berliner Str. 102 in Reinickendorf war gestern nachmittags ein Dachstuhlbrand ausgekommen, der sich rasend schnell ausbreitete. Die zunächst alarmierte Reinickendorfer freiwillige Feuerwehr hatte Schwierigkeiten mit der Beschaffung der für die Spritze notwendigen Pferde, war aber, wie wir auf Anfrage bei dem Bezirksamt 20 feststellen konnten, fünf Minuten nach Eingang der Feuermeldung zur Stelle und nahm mit den bald darauf aus Leger, Wittenau und Hermsdorf eintreffenden freiwilligen Wehren die erfolgreiche Bekämpfung des Brandes auf. Der später aus Berlin eintreffende Abschlag der Berliner Wehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Leider ereignete sich bei dem Brand auch ein schwerer Unfall. Ein freiwilliger Feuerwehrmann brach aus bisher noch nicht aufklärten Gründen mit einer Feuerleiter zusammen, stürzte herab und verstarb alsbald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

An diese an sich sehr bedauerlichen Vorfälle knüpfen einige Berliner Blätter wieder eine in der Form maßlos ausschweifende Kritik, in der der Groß-Berliner Verwaltung die Schuld an den Vorfällen zugeschoben wird. In Wahrheit aber wirken sich hier noch in verderblicher Form die Sünden des alten kommunalen Regimes der Zersplitterung Berlins aus.

Dauer der Telefongespräche.

Im Ortsverkehr wurden bisher zahlreiche Besprechungen dadurch herbeigeführt, daß Teilnehmer lange Zeit hindurch, unter Umständen bis zu dreierhalb Stunden, sich oft über sehr nebensächliche Dinge, unterhielten. Wurde dann einer von ihnen von anderen Teilnehmern verlangt, so konnte die gewöhnliche Verbindung auch wiederholt nicht hergestellt werden. Derartige Dauergespräche blockierten außerdem zeitweilig die zwischen den Aemtern vorhandenen, dem allgemeinen Verkehr dienenden Verbindungsleitungen. Durch die neue Fernsprechanordnung ist die Telegraphenverwaltung jetzt berechtigt, Ortsgespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Im Fernverkehr darf die Dauer eines Gesprächs stets bis zu 6 Minuten betragen. Auch über 6 Minuten hinaus darf ein Gespräch ausgedehnt werden, wenn die Leitung nicht von anderer Seite beansprucht wird.

Billiges Schweinefleisch. In den amtlichen Fleischverkaufsstellen Reinickendorf, Residenzstr. 131 und Kögelstr. 3, Leger, Bahnhofsstraße 6/7 und Schöneberger Str. 63, gelangt in dieser Woche billiges Schweinefleisch zu nachstehenden Preisen zum Verkauf: Rückensteif und Rücken Pfund 18 M., Kotlett, Kamm und Bauch Pfund 17,50 M., Schuft, Schinken und Blatt 16,50 M., Kopf und Bein Pfund 8 M.

Der Leiter der Charlottenburger städtischen Schwerhörerschule hält außer in den Ferien an jedem Mittwoch und Sonnabend von 12—1 Uhr in der städtischen Schwerhörerschule, Spreerstr. 22, eine pädagogische Sprechstunde ab, in welcher den Angehörigen von Schwerhörigen, erblauten und taubstummen Kindern unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt wird.

Die Charlottenburger städtische Mädchenfortbildung- und Fachschule nimmt noch schulenoffene junge Mädchen, die Lust zum häuslichen Beruf haben oder eine Fortbildung für ihre eigene Hauslichkeit genießen wollen, als Schülerinnen der Haushaltungsschule auf. Die Ausbildung in der Hausfrauen- und Mutterschule dauert ein halbes Jahr, in der Schule für Hausangestellte ein Jahr. Das Schulgeld beträgt halbjährlich 40 M. und 20 M. für Materialkosten. Der Unterricht begann am 10. Oktober d. J. Anmeldungen und nähere Zustände durch die Geschäftsstelle der Mädchenfortbildungsschule, Charlottenburg, Bismarckstr. 22, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 5—6 Uhr.

Genoss. G. Vögel hält seinen nächsten Vortrag am Freitag, den 14. Oktober, in der Aula des Friedrich-Realschulbaus, Wittenaustraße 87 (Nähe Markisches Tor) über das Thema: „Der Aufbau der Eisenindustrie“ an Hand zahlreicher Lichtbilder. Eintrittskarten zu 3 M. und 4 M. an der Abendkasse.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Teilweise heiter, jedoch überwiegend neblig oder wolfig bei meist schwachen, veränderlichen Winden. Keine wesentlichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 12. Oktober:

11. Kreis, Schöneberg-Friedenau. Alle Frauenkammern nehmen an dem Frauenwahlkandidaten teil, um Wahlmaterial zur Wahl mitzunehmen zu können.
12. Abt. (Abt. 14). Abends 5 Uhr Stammbliattbesprechung von Raman Fischer, Gehaltsstr. 12, und Emil Krüger, Engländer 28, aus.
13. Abt., Charlottenburg, 2. Gruppe. 7 1/2 Uhr bei Schneider, Holzendorfer Str. 14, Gruppenversammlung. Referent: Genosse Goldschmidt.
14. Abt., Prenzlauer Berg. Un/ers Mitteilungsverammlung findet am 13. d. M. im Vereinslokal statt. Seltener Wahl werden dringend ersucht, sich schon jetzt bei den Funktionären zur Verfügung zu stellen.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Bewegung in der Metallindustrie.

Die Abfunktionsfrage der Metallindustrie waren gestern überhört zahlreich in der Stadthalle versammelt, um den Situationsbericht entgegenzunehmen. Frh Schmidt teilte zunächst das Resultat der Abstimmung in den Betrieben mit. Die statistische Mehrheit für den Streik ist vorhanden. Auf das Ultimatum und seine Bedingungen antwortete der Verband Berliner Metallindustrieller in einem Schreiben, datiert vom 8. Oktober, folgendes:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Frist zur Erklärung über den Schiedspruch bis zum 17. Oktober läuft, haben wir unsere Hauptversammlung sofort nach Bekanntwerden des Schiedspruches auf Donnerstag, den 13. Oktober, einberufen, um zum Schiedspruch Stellung zu nehmen. Der Hauptversammlung werden wir Ihr Schreiben unterbreiten. Es dürfte Ihnen verständlich sein, daß nur die Hauptversammlung in der Lage ist, Stellung zu nehmen. Frühestens Freitag, den 14. Oktober, sind wir erst in der Lage, zu erklären, ob wir bereit sind, in weitere Verhandlungen einzutreten, also noch innerhalb der vom Schiedsgericht festgesetzten Erklärungsfrist.“

Nach Eingang des Schreibens wurde in einem Telefongespräch dem Vertreter des B.M.V., Herrn Rechtsanwalt Oppenheimer, gesagt, daß man nicht in der Lage sei, solange zu warten. Oppenheimer antwortete, daß der Verband nicht seine Dispositionen ändern könnte, wenn auch der gute Wille dazu bestünde. Die Metalltarifkommission der Afa hat einstimmig den Standpunkt vertreten, daß man keinen Anlaß habe, dem B.M.V. einen für die Offenheit sehr billigen Grund zu geben, uns ins Unrecht zu setzen. Daher empfiehlt die Kommission einstimmig, zu beschließen, daß wir unsere Maßnahmen bis Freitag vertagen. (Bis heute Zwischenrufe: Nein!) Das Nein habe ich erwartet. Unser Vorschlag entspricht aber unserer Verantwortung. Warten wir nicht, schreiben wir gleich zum Streik, dann kann der Arbeitgeberverband behaupten, er habe die Absicht gehabt, uns entgegenzukommen, wir aber hätten nur nicht abgewartet. Wenn wir Freitag die Antwort der Arbeitgeber haben, dann bedarf es einer neuen Zusammenkunft der Funktionäre nicht, dann erfolgt die Parole der Organisation. Nehmen die Arbeitgeber am Donnerstag unsere gerechte Forderung ab, oder geben sie uns eine ungenügende Antwort, dann tragen sie die Verantwortung für die beginnende Streikbewegung in der Metallindustrie.

Nach lebhafter Diskussion wurde gegen nur vereinzelte Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Verammelten erklären, daß sie nach wie vor hinter ihren Organisationen stehen und den einstimmigen Beschluß der Metalltarifkommission, die Vollversammlung der Unternehmer abzuwarten, zu befehlen.“

Im Schlußwort betonte Schmidt nochmals: Die Arbeitgeber entscheiden am Donnerstag über Krieg oder Frieden. Wir haben unsere Entscheidung getroffen.

Ueber das angültige Verhalten der Kollegen in denjenigen Betrieben, die nicht dem B.M.V. angehören, wird erst noch entschieden, und diese Entscheidung wird veröffentlicht werden.

Planarierung der Berliner Gewerkschaftskommission.

In der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission am Montag referierte Genosse Hilferding eingehend über Steuerfragen. Er kam zu folgenden Schlußfolgerungen bezüglich der politischen Seite der Frage:

„Es ist gelungen, in den im Vortrag behandelten wichtigsten Erbschaftsfragen eine Aktionsgemeinschaft zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien herzustellen. Jetzt steht, daß die Regierung Wirth für eine solche Steuerpolitik die Unabhängige Partei hinter sich hat.“

Nach Beantwortung einiger Anfragen wurde beschloffen wegen der vorgerückten Zeit alle anderen Punkte der Tagesordnung zu vertagen und nur noch die Frage des Streiks der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe zu behandeln. Ströhlinger von den Gastwirtsgehilfen nahm dazu das Wort, um den Delegierten ein Bild von der ganzen Bewegung zu geben, und um größtmögliche Solidarität der übrigen Arbeiterchaft nachzuweisen. Diese wurde den Gastwirtsangestellten bereitwillig zugesagt. Um eine erfolgreiche Unterstützung der Kämpfenden zu sichern, wurde die Angelegenheit dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission überwiesen, der im Einvernehmen mit der Organisationsleitung der Streikenden das Nötige veranlassen wird.

Kollmerhaus verwies dann darauf, daß das Einkommen mit den Saalbesitzern über die Saalmitte noch besteht, aber vielfach durch zu hohe Zahlung übertrieben wird. Es sei an Innehaltung des Saales von 15 Pf. pro Person zu achten.

Sabatik betonte zum Schluß, daß bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag alle Gewerkschaftsmitglieder auf dem Posten sein müssen, um die sozialistische Mehrheit zu sichern. In den Fabriken und sonstigen Betrieben müsse den Mitgliedern gesagt werden, daß Disziplinbruch auch der Gewerkschaft gegenüber begehe, wer nicht an der Wahl teilnehme.

Militarisierung statt Demokratisierung.

Die Eisenbahndirektion Halle a. d. S. begründet in einem Schreiben an das Reichsverkehrsministerium die Aushebung der Sperrung des nicht technischen mittleren Beamtendienstes für Militäranwärter u. a. mit folgendem Argument:

„U. E. scheinen jedoch für den nicht technischen mittleren Beamtendienst, besonders im Außendienst, die Militäranwärter am geeignetsten. Diese haben in langer Dienstzeit oft unter schwierigen Verhältnissen gelernt, mit Leuten der verschiedensten Charaktere umzugehen. Dienstleiter, Pflichtbewußtheit und Pünktlichkeit sind ihnen aneignet. Sie haben sich unterzuordnen gelernt und nehmen ohne Widerrede einen gerechten Tadel hin. Sie verstehen es, trotz persönlichen Verlehrs mit den ihnen Unterstellten, immer den nötigen Abstand zu halten und ihre Autorität zu wahren. Vorläufig dürften sie an Allgemeinbildung infolge ihrer Vorbereitungskurse den aus den unteren Beamtenstellen hervorgegangenen Anwärtern überlegen sein. Wenn auch manchmal der Unteroffizierstand der Militäranwärter dem Publikum gegenüber gerügt

wird, so wird sich, wie uns die Erfahrung gezeigt hat, dieser Ton bei richtiger Belehrung bald abschleifen.“

Die aus dem Eisenbahndienst hervorgegangenen Anwärter, die nach dem Ministerialerlaß für diese Stellen in Frage kommen, sind weniger geeignet. Da sie zum großen Teil aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind, und nur mit ihren Arbeitsgenossen in Berührung gekommen sind, fehlt ihnen die Erfahrung in der Behandlung der Menschen, sie werden von ihren Untergebenen nicht immer für voll angesehen und wissen auch oft ihre Autorität nicht zu wahren, da sie entweder im Dienst mit ihren Untergebenen zu kollegial verfahren, oder aber ihnen ein energisches Auftreten als Leberhebung ausgelegt wird. Bei irgendwelchen Fehlern, die ihnen unterlaufen, sind sie schwer zu befehlen und nehmen einen Tadel oder eine Strafe unwillig hin, was sich aus dem Gang ihrer Ausbildung erklären läßt.“

Das ist ja sehr interessant, was die Eisenbahndirektion Halle an Vorzügen bei den Militäranwärtern und Nachteilen bei den aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Beamten entdeckt. Die Militäranwärter sind gewöhnt, die Hände an der Hasennacht haltend strom zu stehen, sie lassen sich tadeln, sind servil nach oben und ebenso brutal nach unten. Auch der Unteroffizierstand, der bei dem Publikum Ansehen erregt, wird im Laufe der Zeit sich „abschleifen“ lassen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Eisenbahndirektion den Wunsch hegt, das Publikum möge sich allmählich wieder an den Unteroffizierstand gewöhnen.

Wir nehmen zugunsten des Verkehrsministers an, daß er der militärbegünstigten Eisenbahndirektion Halle die richtige Antwort erteilt. In der Republik entscheidet nicht das Strammstehen, das Schmauchen und Speichellecken. Das Können allein ist ausschlaggebend. Die Tüchtigsten und Besten sind gerade gut genug, der Republik zu dienen.

Gr. öffentl. Wählerversammlung

10. Kreis: Nikolassee. Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Kurhaus Wegeh am Bahnhof. Thema: „Vor der Entscheidung“. Referent: Frh B colat, Stadtverordneter.

Ein Mahnwort an die Eltern.

Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, ihre Kinder zu berufstätigen Menschen heranwachsen zu sehen, die nicht stets nur an ihr kleines „Ich“ denken, sondern der ganzen Menschheit lebenswerte Verhältnisse schaffen wollen. Die Kaufmannslehrlinge und jugendlichen Angestellten werden freigewerkschaftlich nur vom Zentralverband der Angestellten organisiert. Die wirtschaftlichen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten werden vom Zentralverband mit der gleichen Energie wie die der übrigen Berufscollegen wahrgenommen. Durch die Tarifverträge, und die Betriebsräte wird zweckmäßige Ausbildung und angemessene Behandlung gesichert. Doch nicht nur das, sondern

Jugendabteilungen im Zentralverband der Angestellten

sind geschaffen, um der kaufmännischen Jugend eine Stätte reiner Freude und guter Bildungsmöglichkeit zu bieten. In den Zusammenkünften werden Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten gehalten, um den Erkenntnisdrang der Jugend zu fördern. Anregungen für die Selbstausbildung werden dort und auch durch eine besondere Jugendzeitschrift in reichem Maße gegeben. Wichtige Fragen des Berufs und des Wirtschaftslebens gelangen zur Besprechung. Ueber die hauptsächlichsten gesetzlichen Bestimmungen wird Aufklärung erteilt. Alles aber geschieht im Geiste jener gewerkschaftlichen Solidarität, die verhindert, daß sich Dünkel und Heberbeugung gegen andere Berufe in den Köpfen festsetzen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen, wird gepflegt.

Um so mehr hat daher die Arbeiterschaft die Pflicht, ihre Söhne und Töchter, die im Kaufmannsberufe tätig sind, dem Zentralverband der Angestellten zuzuführen. Seine Geschäftsstelle befindet sich Bello-Nikolasseestraße 7/10, III. Stock, Jugendreferat.

Reichs-Betriebsrätekonferenz für den Bergbau.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands beruft auf den 6. und 7. November d. J. einen Reichs-Betriebsrätekonferenz für den Bergbau nach Ragdeburg in das Lokal „Wilhelmspark“ ein. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt außer der Konstituierung folgende Punkte:

1. Die Betriebsräte Deutschlands. (Reichstagsabgeordneter Otto H u e.)
2. Die Aufgaben und die Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau. (Gewerkschaftssekretär Albert Marimöller.)
3. Betriebs- und Betriebsdemokratie. (Dozent an der Universität Münster Richard W o l d t.)
4. Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz. (Redakteur Paul U m b r e i t.)

In dem Kongreß nehmen vom Bergarbeiterverbande 250 von den Betriebsräten gewählte Delegierte, der Gesamtarbeiterverband, die Redaktion und die Vertreter der Bezirksleitungen teil. Außerdem senden auch die im Bergbau in Frage kommenden freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen entsprechend ihrer Stärke noch besonders Delegierte. Etwaige Anträge müssen bis zum 24. Oktober 1921 beim Vorstand des Bergarbeiterverbandes eingereicht sein.

Porzellanarbeiterstreik in Niederschlesien.

Seit Donnerstag voriger Woche befinden sich 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den fünf größten Porzellanfabriken des Waldenburger Industriebeziers im Streik. Nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen in Eisenach wurden die Porzellanarbeiter von der Organisationsleitung aufgefordert, die Frage der Teuerungszulagen betrieblich zu regeln. Da sich die Waldenburger Unternehmer strikte weigerten, in Verhandlungen mit der örtlichen Organisationsleitung einzutreten, unter dem Vorwande, daß sie sich an die Beschlüsse ihrer Organisation halten müßten, traten die Belegschaften sämtlicher Establishments in den Streik. Neben dem Porzellanarbeiterverband ist auch der Holz- und Metallarbeiterverband an dem Streik beteiligt.

Zentralverband der Angestellten, Donnerstag 14 Uhr Sitzung der Sektionsleitungen der Hauptgruppe Einzelhandel bei Ohrenschmalz, Rummelbudenstraße 88 Bericht der Redaktionskommission zu den uns entlassenen Schwerkranken.

Wirtschaft

Konzerne für die Börsenspekulation.

Das Spekulationsfieber greift immer weiter um sich und verleiht immer breiteren Schichten die Lust am ehelichen Schaffen. Es war vorauszu sehen, daß nach dem Zusammenbruch der Weltkonzerne findige Köpfe versuchen würden das „System Monte“ auch auf das Börsenspieler zu übertragen. Die kapitalkräftigeren Kreise erledigen ihre Börsengeschäfte durch die Depositionen der Großbanken und durch Privatbankiers, die hier die Rolle der Buchmacher übernehmen. Für den Gimpelfang bietet naturgemäß die Heranziehung der kleinen Leute, die mit den Gefahren des Börsenspiels nicht vertraut und auch nicht in der Lage sind, die einschlägigen Manipulationen zu durchschauen, einen besonders großen Anreiz. Die Abwanderung der Sparkassenguthaben zum Effektenmarkt zeigt, wie weit die Dinge schon gediehen sind. Charakteristisch für die neuesten Anreizmethoden ist folgendes Rundschreiben, das ein Berliner „Bankhaus“ durch seine „Geschäftsstellen“ in Süddeutschland verbreiten läßt.

„Durch die immer fühlbarer werdende wirtschaftliche Not und Verteuerung des gesamten Lebens, hat fast jeder Mann das Bedürfnis, sein Einkommen auf irgendeine Art zu erhöhen. Eine gute Gelegenheit hierzu bieten die Börsentransaktionen vom Bankhaus X, welches nach einer Einlage von 500 Mark aufwärts oder nach Hinterlegung von Wertpapieren, selbständig, also ohne Kauf- oder Verkaufsauftrag der Kunden an der Börse nach bestem Wissen und Gewissen spekuliert und mindestens 20 Proz. Gewinngarantie pro Jahr übernimmt, bisher aber wesentlich mehr herausgeholt hat. Ueber den Umlauf, d. h. Käufe und Verkäufe, erhalten die Kunden laufend Abrechnung. Die gelauteten Effekten liegen im Depot der Kunden zur freien Verfügung. Die Gewinne können jederzeit abgehoben werden, die Einlagen ganz oder teilweise nach vorhergehender vierzehntägiger Kündigung. Dieses schon vor dem Kriege von verschiedenen Londoner Banken angewandte Verfahren bietet somit jedem Gelegenheit, sich ohne Risiko eine hohe Rente zu verschaffen. Die von vielen Privatanleuten gemachten schlechten Erfahrungen im Spekulieren sind doch letzten Endes auf den Umstand zurückzuführen, daß infolge fehlender direkter Verbindung mit der Börse die Kurschwankungen nicht rechtzeitig wahrgenommen werden konnten usw.“

Arbeiter und Angestellte, seid auf der Huld! Laßt euch nicht den letzten Notgroschen aus der Tasche ziehen! Ein scharfer Rückschlag in der Börsenkonjunktur ist durchaus nicht ausgeschlossen. Die berufsmäßigen Börsenspekulanten werden in solchem Falle noch rechtzeitig den Kopf aus der Schlinge ziehen. Das breite Publikum aber wird die Zehne bezahlen dürfen. „Den letzten beißen die Hunde!“

Aus der Partei.

Stellungnahme zum Parteitag.

Die Konferenz der Unterbezirke Görlitz und Lauban im Wahlbezirk Siegnitz erklärt einstimmig ihr Einverständnis mit der Arbeit und den Entscheidungen des Görlitzer Parteitages, begrüßt die Schaffung des neuen Programms und der Vereinfachung der Partei zur Einigung. Sie anerkennt die Notwendigkeit der Taktik, wie sie in der angenommenen Resolution zur Koalitionsfrage zum Ausdruck kommt, und erwartet, daß bei etwaiger Verständigung mit anderen Parteien unverzüglich festgehalten wird an den beschlossenen Grundforderungen.

Die Mitgliederversammlung unserer Stuttgarter Genossen erklärte sich ebenfalls einverstanden. Sie erwartet, daß die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der USPD, ausgenutzt wird, und verlangt, daß gegenüber der Deutschen Volkspartei unbedingt an dem Mindestprogramm der Koalitionsresolution festgehalten wird.

Labour Party und Parteitag. Die Labour Party wie das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale waren zu unserem Bedauern auf dem Parteitag in Görlitz nicht vertreten. Der Parteivorstand erfährt jetzt aus einem Schreiben aus London, daß infolge eines bedauerenswerten Versehens die Einladung des Parteivorstandes an Labour Party und Exekutivkomitee nicht rechtzeitig in die Hände der leitenden Personen gelangt ist. So sehr wir bedauern, in Görlitz keinen der englischen Genossen begrüßen zu können, freuen wir uns doch, daß dieser unvorhergesehene Zwischenfall die Erklärung für ihr Fernbleiben gibt.

Aus aller Welt.

Die andauernde Trockenheit hat den Wasserspiegel der Urftalsperre in der Höhe so gesenkt, daß der Zuleitungsstollen zu einigen Kraftwerken nunmehr im Trockenem liegt. Infolgedessen mußten die Werke ihren Betrieb einstellen.

Der erste Schnee in New York. Am Sonnabend ist in New York der erste Schnee gefallen. Die Temperatur ist empfindlich gesunken.

Angezeigerplage in den Notbaraken. Die von der Stadt Köln zur Hebung der Wohnungsnot aufgeführten Baraken wimmeln, wie die „Rheinische Zeitung“ an Ort und Stelle feststellen ließ, von Managen und Kakerlakten, die sich in Betten, Schränken und Speisekammern finden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird die Stadtverwaltung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung in der Angelegenheit interpellieren.

Im Petersburger Haupttelegraphenamt entstand in der Nacht zum 6. Oktober ein großer Brand. Böswillige Brandstiftung wird angenommen.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Dr. Werner Feiler, Chorlottenstraße; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin; Berling: Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Meine Preise sind meine beste Reklame

Gold-Silber-Platin

Barren, Bruch und Gegenstände

Münzensammlung
Zelingeheisse

verkaufen Sie am vorteilhaftesten, nur bei der bekannten renommierten Firma von Ruf

„E.V.N.“ Edelmetall-Verwertung Neuhaus

Größter Absatz für Händler

Hauptgeschäft: Belle-Alliance-Platz 6a

nahe Friedrichstraße

Filiale: Hohestraße, Nähe Spittelmarkt (nur im Laden)

Gardinen!!!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in Resten

Stores, Bettdecken
Madras- u. Künstler-Gardinen

Spez.-Gardinenwerkst.

Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Jagdgewehre

Automatische Pistolen usw.

Antoni, Verkauf, Untere
Gemeinde-Fabrik

Gustav Rätzel

Berlin W 8, Markgrafstr. 60

Seiterwagen

u. alle and. Transportgerätee liefert billigst. Großer Vorrat.

Georg Wagner
Cöpenicker Straße 71
Kein Ladengeschäft.

Händler

kauten Toilette- und Kernseife, Kerzen und Sirellschöbizer am billigsten im

Seifenhaus ABC

Berlin SW 11, Anhaltstr. 8

Zeitungsfrauen

zuverlässige, sofort zu haben

Z. Z.

Berliner Vorort, 4. Jannowstraße, 24. Markgrafstr. 28, Wilhelmstr. 11, Weite 6, Bernauerstr. 42, Adelerstr. 174, Müllerstr. 44, Gendarmenbr. 22, Postamtstr. 7, Wilhelmshoener Str. 45. **Neuhaus**
Redakteur, 2. und Giebigstr. 25, 26

GOLD-Silber-Platin-Bruch

Silber-Zentrale

Gotzkowskystr. 13

„Usurbat“

ein seit vielen Jahren sicher wirkend Mittel gegen jede Art von Flechten.

Preis d. Packung 15 M. Nur z. beziehen durch Apoth. Prieledorfer, Bezirk Kassel.

Teppiche

kauft man am besten in dem seit 50 Jahren bestehenden

Teppichhaus Brunn

Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börse

Große Auswahl!
Billigste Preise!

Erfinder

Gute Vertriebsmöglichkeit! Aufführung und Verwertung gebende Großstädte: Glas neuer Welt? (endet gut.)

J. Erdmann & Co.,
Wm. Königgräber Str. 71.

Prismen-Feldstecher

bes. Zeiss u. Goerz werden ständ. angekauft

Photohaus Steckmann
Bla. 99, Potsdamer Str. 123

Parzellen

Bestes Gartenland bei den Bahnhöfen Mariendorf, Marienfelde, Biesdorf, Mahlsdorf, Ruckebusch verkaufen billig

Nieshaite & Nieshaite

Reue Königstr. 16 (Tele. 3576)